
Veränderte Lebensstile als Herausforderung für die Aufstiegs- gesellschaft: Die Rolle von Eltern und Familien

Michael Borchard

So heterogen wie unsere Gesellschaft ist, so unterschiedlich sind auch unsere Lebensstile. Das ist zunächst eine positive, ja sogar eine erfreuliche Nachricht. Es gehört zum Wesen einer freiheitlichen Demokratie, dass sie plurale Werthaltungen und Lebensweisen zulässt, dass sie Raum für die freie Entfaltung lässt, dass sie keinen Lebensstil als den allein seligmachenden propagiert. Eine solche Ordnung will gesellschaftliche Dynamik.

Dennoch sind – folgt man den gängigen soziologischen Studien – Lebensstile nicht alleine der frei gewählte Ausdruck von individuellen Lebensvorstellungen, sondern immer auch determiniert durch die sozialen Verhältnisse, in denen man beheimatet ist. Für die Frage des persönlichen Aufstiegs ist es alles andere als irrelevant, wie fest gefügt die Lebensstile sind, wie sehr sie voneinander abgegrenzt, möglicherweise sogar abgeschottet sind. Heute spricht man oft lieber wieder von Milieus als von Lebensstilen, was weniger nach Soziologie, dafür aber umso mehr nach Heinrich Zilles „Milljöh“ klingt – der von ihm liebevoll dargestellten, aber ausgegrenzten proletarischen Unterschicht im Kaiserreich.

Die Frage nach dem Wandel von Lebensstilen ist alles andere als eine wissenschaftlich abstrakte Fragestellung.

Dahinter steht nicht zuletzt die einfache, aber wesentliche Erkenntnis, dass jede freie Gesellschaft ein Mindestmaß an Gemeinsamkeiten, an Bindekräften, an gemeinsamen Werthaltungen und Grundauffassungen braucht. Das Grundgesetz ist bekanntlich nicht allein eine Grundlage für gesellschaftlichen Pluralismus. Es gründet auf bestimmten Wertentscheidungen und gibt beispielsweise vor, dass Ehe und Familie besonderen Schutz genießen. Dieser Aspekt scheint heute wieder stärker in den Vordergrund zu treten. Gerade eine Gesellschaft, die sich mit großer Dynamik verändert, benötigt Konstanten und Verlässlichkeiten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat man in Deutschland gedacht, diesen Zusammenhalt, diesen Konsens über die Milieus hinweg vor allem in einer umfangreichen Mittelschicht zu finden. Als der Soziologe Helmut Schelsky in der jungen Wirtschaftswunderrepublik seine „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ propagierte, herrschte der Eindruck, dass die als ungeheuer empfundenen sozialen Verwerfungen aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts tatsächlich endlich weitgehend beseitigt wären. Wohltuender Ausgleich schien erzielt und innerer Frieden garantiert. Während die Industriearbeiterschaft und die technischen Angestellten und Verwaltungsangestellten aufgestiegen seien, so Schelskys Darstellung, hätten vor allem Schichten des ehemaligen Besitz- und Bildungsbürgertums Abstiegsprozesse durchlaufen. In einer neu entstandenen Mittelschicht mit gleichen politischen Rechten, ähnlichen materiellen Lebensbedingungen und weitgehender Chancengleichheit habe sich – auch durch den Massenkonsum von materiellen und geistigen Gütern – ein verhältnismäßig einheitlicher Lebensstil entwickelt.

Eine solche „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ und auch einen einheitlichen Lebensstil, der den größten Teil der Gesellschaft umfasst, hat es in Wirklichkeit freilich

nie gegeben. Schelsky selbst war es, der seine „Erfindung“ bald relativiert und ihre Auswirkungen sehr pessimistisch interpretiert hat: Bei allem Schwinden klassenbedingter Unterschiede und einem korrespondierenden Zuwachs an Chancengleichheit verursache eine solche Gesellschaft „Gefühle der sozialen Unsicherheit“, der ideologischen Belieblichkeit und das „Abflachen gesamtgesellschaftlicher Solidarität“. An die Stelle polarer gesellschaftlicher Positionen und selbst formulierter Lebensansprüche rückten „sorgende bürokratische Großorganisationen“. Ihrer Übermacht könne man sich entweder anpassen oder gar ins Private zurückweichen.

Man muss dem düsteren Bild Schelskys, der in der Folge dieser Entwicklung einen „wachsenden sozialen Notstand“ im gesamten „industriell-bürokratischen Europa“ vorhersagte, im Angesicht der tatsächlichen Entwicklung insgesamt nicht folgen. Gleichwohl enthält seine Analyse zweifelsohne viele beachtenswerte Beobachtungen.

Im Mittelpunkt seiner Studie mit dem Titel „Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart“ stand die Bedeutung und die Rolle der Familie. In ihr sah er nach den Wirren der Weimarer Republik, der Zeit des Nationalsozialismus, des Zweiten Weltkriegs und den Unsicherheiten der Nachkriegszeit einen letzten „Stabilitätsrest“. Wenngleich heftig diskutiert worden ist, ob die Familie damals wirklich die Rolle gespielt hat, die er ihr beimaß, spätestens in unserer Gegenwart ist fraglich geworden, ob Familien inmitten einer mobilen und flexiblen Gesellschaft noch einen solchen „Hort“ der Stabilität darstellen können, der ihren Mitgliedern ein Leben lang Geborgenheit, Sicherheit und die Erfüllung aller primären Sozialbedürfnisse sichert.

Und doch bleibt sie – trotz aller augenfälligen Wandlungen und Instabilitäten – die unverzichtbare „Keimzelle der Gesellschaft“. Der Moraltheologe Eberhard Schockenhoff stellt zur Zukunft der Familie fest: „Vor allem im Blick auf

die existenziellen Grunderfahrungen, die sowohl die Kinder als auch die Eltern in dieser Phase des Zusammenlebens machen, sind in unserer Gesellschaft keine alternativen Lebensformen in Sicht, die die Familie als Ort sozialen Lernens und existenzieller Sinnerfahrung auf Dauer ersetzen könnten (...) Nach dem Motto „Lernen durch Tun“ kann sich in den Familien eine ursprüngliche Solidarität des Helfens und Teilens entwickeln, wie sie in keinem anderen gesellschaftlichen Lebensfeld erfahrbar ist.“ In der Tatsache, dass alle historischen Versuche, insbesondere in Diktaturen, Erziehung zu kollektivieren und die bürgerliche Familie aufzulösen, gescheitert sind, wird auch die antitotalitäre Kraft der Familie deutlich – ein zu selten gesehener Aspekt in der Familiendiskussion.

So banal es klingen mag – in einer Aufstiegsgesellschaft kommt es zunächst auf den richtigen Einstieg an. Und die Fundamente für diesen „Einstieg“ werden in der Kindheit und in der Familie gelegt. Deshalb bleiben die Eltern und ihre Einstellung gegenüber ihrem Kind von überragender Bedeutung für die Fähigkeit, „richtige“ Urteile zu treffen, Lebenschancen zu erkennen und zu ergreifen. „Ob ein Kind glücklich ist, hängt davon ab, wie zufrieden die Eltern mit ihrer eigenen Lebenssituation sind“, so heißt es in der Untersuchung „Babies and Bosses“ der OECD. Eltern prägen die Lebensbedingungen der Kinder und haben damit erheblichen Einfluss auf ihre Teilhabe in einer Aufstiegsgesellschaft.

Der Blick auf die Eltern zeigt – wie die Studie „Eltern unter Druck“ des Sinus-Institutes und der Konrad-Adenauer-Stiftung verdeutlicht – in den letzten Jahrzehnten augenfällige Veränderungen in den Lebensstilen: Die moderne Arbeitswelt in der Globalisierung erfordert zwangsläufig ein gestiegenes Maß an Flexibilität und Kreativität. Idealerweise sind dies Menschen ohne familiäre Bindungen, die mobil und schnell einsetzbar sind. Eltern mit Kindern können diesen Vorstellungen des allzeit verfügbaren

Arbeitnehmers nicht immer entsprechen und müssen häufig feststellen, dass ihre besonderen Verpflichtungen die Möglichkeiten zur Teilhabe am Wettbewerb deutlich einschränken. Sie sind stärker als andere von den Folgen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Wandlungsprozesse betroffen.

Aber nicht nur die Veränderung des beruflichen Umfeldes hinterlässt einen prägenden Eindruck bei Eltern. Elternschaft und unsere Auffassung von Kindheit und Familie haben sich insgesamt massiv verändert: Dass Kinder nicht mehr ein selbstverständlicher Bestandteil der Biografie von Frauen und Männern sind, hat auch die Kindheit selbst gewandelt. Kinder werden nicht mehr, wie es die schöne afrikanische Weisheit sagt, „durch ein ganzes Dorf erzogen“. Die Erziehung und die Freizeit von Kindern verlagern sich immer mehr in den häuslichen Bereich. Vor dem Hintergrund geringer werdender Geschwisterzahlen sowie mangelnder Spielkameraden im gleichen Wohnviertel werden Eltern vermehrt zum Begleit-, Spiel-, aber auch Hausaufgabenpartner und investieren viel Zeit, Energie und Geld, um ihren Kindern einen herausfordernden und abwechslungsreichen Alltag zu bieten und um sie mit anderen gleichaltrigen Kindern zusammenzubringen.

Die Beziehung von Kindern und Eltern zueinander hat sich ebenfalls umfassend verändert: Die „Neudefinition“ von Kindererziehung weg von einer paternalistischen Grundhaltung wird niemand ernsthaft bedauern. Aber Tatsache ist auch, dass diese veränderte Einschätzung des Eltern-Kind-Verhältnisses und die zunehmende „Emanzipation“ des Kindes Elternschaft deutlich anspruchsvoller gemacht hat. Dazu kommt ein immens gestiegenes – zum Teil überhöhtes – Maß an gesellschaftlichen Erwartungen an die Eltern: Christine Henry-Huthmacher schreibt von der „verantworteten Elternschaft“ und meint damit die Leitvorstellung, „Kinder nur dann in die Welt zu setzen,

wenn man sich ‚gut‘ um sie kümmern und ihnen eine ausreichende materielle Grundlage bieten kann.“

Besonders augenfällig im Hinblick auf die Realisierungschancen einer Aufstiegs-gesellschaft wird gesellschaftlicher Wandel bei der Einstellung von Eltern gegenüber der Ausbildung ihrer Kinder: Bis auf die bildungsfernen Schichten, die sich partiell selbst verloren gegeben haben und für sich keine Chance auf einen gesellschaftlichen Aufstieg mehr sehen, herrscht bis weit in die Milieus der unteren Mittelschicht hinein eine deutlich gestiegene „Bildungssensibilität“.

Der traditionelle Satz „Du sollst es einmal besser als ich haben“ hat insofern seine Bedeutung verändert, als Eltern vielfach das Gefühl verspüren, dass es heute primär darum geht, den erreichten Status nun auch für die Kinder zu sichern. Eltern verspüren, dass dies ohne optimale Förderung von frühen Kindesbeinen an und ohne erhebliche Anstrengungen und ohne Motivation zur Leistung nicht mehr zu erreichen ist. „In dem Maße, in dem der erreichte Schulabschluss zum Schlüsselbegriff für gesellschaftlichen Erfolg wird“, so Christine Henry-Huthmacher, „avanciert das Ideal der bestmöglichen Entwicklung aller kindlichen Fähigkeiten zum allgemeinen Leitwert.“ Nahezu allen Eltern ist heute die Bedeutung von Bildung und Schule als der zentralen Zuweisungsstelle von sozialen Lebenschancen präsent. Das kann auch dazu führen, dass Eltern weniger als Filter wirken, der die Leistungsanforderungen abmildert, sondern als Katalysator, der die Leistungsmotivation zusätzlich antreibt.

Während 75 Prozent der Eltern in Befragungen dementsprechend betonen, dass für sie die Schulbildung ihres Kindes einen außerordentlich hohen Stellenwert einnimmt, steht dem ein schwindendes Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Bildungssystems gegenüber. Empfundene Defizite wie eine schlechte Ausstattung der

Schulen, zu große Schulklassen, das subjektive Gefühl, dass ihre Kinder von wenig engagierten oder überforderten Lehrkräften ausgebildet werden, führen zu einer klaren Reaktion vieler Eltern: Sie fühlen sich gedrängt, die Förderung ihrer Kinder von einem möglichst frühen Zeitpunkt an selbst in die Hand zu nehmen. Die „Rushhour des Lebens“, wie Wissenschaftler jene Phase einprägsam nennen, in die Familiengründung, Berufs- und Karriereanstieg und Kinderbetreuung gemeinsam fallen, wird durch den Eindruck weiter beschleunigt, dass der zeitliche Korridor für eine erfolgreiche Prägung der Kinder äußerst begrenzt erscheint und der „Zug schnell abgefahren“ ist.

Auch in sozialen Gruppierungen, in denen die finanziellen und zeitlichen Ressourcen begrenzter sind, wird erheblich in frühkindliche Förderung, in Musikunterricht, in privat organisierte Lerngruppen oder in Hausaufgabenhilfe investiert. Bildung wird „zusätzlich“ eingekauft. Dies wiederum erzeugt finanziellen Druck und das Gefühl, mit einem Einkommen alleine nicht auskommen zu können und so vielfach gar nicht mehr die Wahl zwischen Erwerbstätigkeit und der Betreuung zu Hause zu haben. Eltern empfinden es in diesem Zusammenhang – nicht ganz zu Unrecht – als eine Ungerechtigkeit, dass die materiellen „Erträge“ der Kinder kollektiv vereinnahmt und damit sozialisiert werden, während die Kosten der Kindererziehung – trotz mancherlei staatlicher Zuschüsse – noch immer überwiegend durch die Eltern getragen werden.

Fast 40 Prozent der Eltern helfen häufig bis regelmäßig bei den Hausaufgaben, was zumeist die Mütter betrifft, die noch immer die „Hauptlast“ der Erziehung und Ausbildung ihrer Kinder tragen. Dies setzt nicht nur voraus, dass Eltern intellektuell und didaktisch den Schulstoff verstehen, sondern auch, dass sie über die notwendige Zeit verfügen. Das wiederum steht in einem Spannungsverhältnis zu den eben genannten finanziellen Belastungen.

Insbesondere Eltern der bürgerlichen Mitte leben in der Angst, dass ihr Kind den Anschluss verliert – ein Grundgefühl, das sich durch die mediale Verbreitung der Ergebnisse von PISA- und OECD-Studien eher noch verstärkt. Bildung wird insbesondere auch zum Vehikel der Abgrenzung gegenüber den Milieus am unteren Rand der Gesellschaft. In dieser Gruppierung, die knapp ein Fünftel der Kinder und Eltern ausmacht, kommt die gestiegene Bildungssensibilität zwar auch an und viele Eltern im „konsum-materialistischen Milieu“ verspüren die Wichtigkeit guter Noten und einer soliden Allgemeinbildung für den späteren Lebensweg ihrer Kinder. Aber diesen Anforderungen stehen sie in der Praxis hilflos oder zum Teil – wie Studien zeigen – auch desinteressiert gegenüber. „Bildung ist in diesem Milieu“, so die Untersuchung „Eltern unter Druck“, „weder eine verfügbare Ressource qua Herkunft, noch werden Bildungsinteressen kultiviert. Der Schulalltag des Kindes stellt sich häufig als permanenter Kampf dar. Hier häufen sich Lernschwächen, gesundheitliche Störungen oder Verhaltensauffälligkeiten, die von den Eltern gerne verdrängt werden.“

Es ist ein bedenklicher Kreislauf entstanden: Der Druck, den Eltern sich selbst machen und den gesellschaftliche Erwartungen und Überhöhungen ausüben, das „Beste“ für die Zukunft der Kinder zu tun, fördert die „soziale Trennlinie“ in Deutschland. Das wiederum fördert den Druck auf die Eltern, im Interesse ihrer Kinder, den sozialen Abstieg um beinahe jeden Preis zu verhindern. Dass Eltern, die besten Willens sind, sich dadurch überfordert fühlen, vermag kaum zu verwundern.

Deswegen wird es für eine Aufstiegsgesellschaft eine entscheidende Bedingung sein, dass wir eine Debatte über die wirklichen Leistungsträger dieser Gesellschaft, über die Mütter und Väter, einleiten. Diese Diskussion führen wir bislang – insbesondere in den Medien – vor allem dann,

wenn schreckliche Fälle von Kindesmisshandlung, Vernachlässigung und Verwahrlosung zu beklagen sind. Wir reden und wissen aber zu wenig darüber, wie Eltern sich fühlen und welche Voraussetzungen sie brauchen, um ihrer Verantwortung gerecht werden zu können.

In der Aufstiegs-gesellschaft muss sich deshalb vor allem eine Einsicht durchsetzen: Es ist wichtig, das Kindeswohl mit hoher Priorität zu versehen. Wer aber das Kindeswohl in den Mittelpunkt stellen will, der kann dies nur tun, wenn auch die Eltern als die Garanten für dieses Wohlbefinden in den Blick genommen werden. Ihre Situation gilt es entscheidend zu verbessern und damit sind – wie eine Reihe von Studien der Konrad-Adenauer-Stiftung zeigen – keinesfalls in erster Linie nur finanzielle Transfers gemeint. Vielmehr brauchen Eltern neben einem durchaus deutlicher auf die Familien zugeschnittenen Steuer- und Abgabensystem vor allem eine stärkere öffentliche Wertschätzung und Anerkennung. Und sie brauchen Rahmenbedingungen, die ihnen Druck abnehmen: Zentral sind dabei eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf und in diesem Zusammenhang eine bessere Betreuungssituation – nicht nur quantitativ, sondern vor allem auch qualitativ, da sich Eltern sonst genötigt sehen, Defizite selbst noch deutlicher auszugleichen. Benötigt werden verbesserte öffentliche Bildungssysteme. Ebenso wichtig ist ein Netzwerk an Beratungsangeboten, die dann gerne angenommen werden, wenn der Zugang zu ihnen niederschwellig ist.

Gerade weil Familien im Idealfall ein unverzichtbarer Lernort aller „Daseinskompetenzen“ sind, muss eine Aufstiegs-gesellschaft immer auch eine familienfreundliche Gesellschaft sein. Das freilich bedeutet, dass Familien nicht nur „abhängige Variabel“ sein dürfen. Eine wirksame Familienpolitik, die zur Verbesserung der Lebensverhältnisse von Familien beiträgt, ist ein Akt der sozialen Ge-

rechtigkeit zwischen den Generationen. Daraus erwächst eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe: Eltern fühlen sich, so zeigt die Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung, in ihrer Rolle von der Gesellschaft nicht hinreichend unterstützt, sondern oft durch Regelungen, Verbote und Ressentiments beschwert.

Die Wirtschaft kann mit Umdenkprozessen zur Entlastung der Eltern besonders beitragen und muss bei diesem „gesamtgesellschaftlichen Engagement“ nicht einmal den schieren Eigennutz außer Acht lassen: In einer Zeit des Fachkräftemangels kann das gerne genutzte Schlagwort des „Human Resource Management“ eine ganz andere und langfristige Bedeutung bekommen. Nicht nur, dass solche Mitarbeiter ihre volle Leistungsfähigkeit deutlicher unter Beweis stellen, die ein Familienleben erfahren können, das durch berufliche Belange nicht überstrapaziert ist: Eltern mehr Zeit, Luft und Geld für die Erziehung der Kinder zu belassen, kann auch eine Investition in die Zukunft sein, in qualifizierte und in sozialkompetente Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den kommenden Jahrzehnten.

Der lakonische Satz Konrad Adenauers, „Kinder kriegen die Leute immer“, wird viel zitiert, aber stets mit behäuden und beinahe überheblichen Worten falsifiziert. Ein gesellschaftlicher Automatismus sei das nicht mehr, heißt es. Die Empfindung, dass Kinder nicht nur Erfüllung, Stolz und Glück, sondern auch Last und Druck bedeuteten, führe zur Ablehnung von Familienverantwortung. Das ist alles nicht falsch und doch nur die halbe Wahrheit. Auch wenn Elternschaft und die Aufgabe, Kinder für die Zukunft zu wappnen, als druckvoller und anspruchsvoller empfunden werden: Erste zarte und optimistisch stimmende Pflänzchen werden sichtbar. Die Geburtenrate steigt nach langer Zeit des stetigen Absinkens wieder an, Empiriker stellen erste Anzeichen für einen Bewußtseinswandel – gegenüber Ehe und Familie – fest. Politische Weichenstellun-

gen und die Tatsache, dass Familienpolitik längst nicht mehr nur als „Gedöns“ verstanden wird, hinterlassen erste Spuren.

Diese Signale sind – so schwach sie noch sein mögen – für die Aufstiegs-gesellschaft wichtig, denn eines ist auch evident: Aufstieg und Aufbruch als synonyme Begriffe sind mit hängendem Kopf und mit dem schweren Gepäck eines drückenden Fatalismus nicht zu bewerkstelligen. Die Einsicht, dass die Stimmung in unserem Land bisweilen deutlich schlechter ist als die Lage, kann auch für die Situation von Eltern und Familien der „erste Weg zur Besserung“ sein.